

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 28

vom 26. Juli 2013

Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Intergration

Jugendberufsagentur in Altona eröffnet	2
Senator Scheele beruft Aufsichtskommission für Jugendheime mit geschlossener Unterbringung	4

Inneres

2 Jahre Sicherheitspartnerschaft: Weniger Gewaltdelikte bei Bus und Bahn in Hamburg	6
Bundestagswahl 2013 in Hamburg.....	9

Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburgs Lehrkräfte bilden sich fort für den inklusiven Unterricht.....	11
Claussen-Simon-Stiftung fördert drei Hamburger Schulen mit insgesamt 100.000 Euro	12
200 von 203 Hamburger Grundschulen sind jetzt Ganztagschulen	14

Wissenschaft und Forschung

Staatliche Hamburger Hochschulen nehmen über 1.400 zusätzliche Studienanfänger pro Jahr auf	17
---	----

Justiz und Gleichstellung

Ausstellung zur strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen eröffnet.....	19
Feierlicher Senatsempfang zum diesjährigen CSD	21

Kultur

Kulturbehörde und Produzentenallianz beabsichtigen neuen Produzentenpreis	22
Andreas Kellner wird Leiter des Denkmalschutzamtes.....	23
Hamburger Kreativwirtschaft erneut ausgezeichnet	24

Zur Information

Terminkalender	26
----------------------	----

15. Juli 2013/basfi 15

Jugendberufsagentur in Altona eröffnet

Fünfte Anlaufstelle für unter 25-Jährige am heutigen Montag gestartet

Die Jugendberufsagentur Hamburg öffnete ihre Tore nun auch im Bezirk Altona. Es ist (nach Hamburg-Mitte, Harburg, Hamburg-Nord und Eimsbüttel) der fünfte Standort, der Jugendlichen als zentrale Anlaufstelle dient. Auch hier wird Unterstützung und Begleitung für Jugendliche gebündelt: Berufs- und Studienberatung, Hilfen bei persönlichen Problemen, Beratung für den schulischen Werdegang oder Arbeitsvermittlung. Der neue Standort der Jugendberufsagentur findet sich im Jobcenter team.arbeit.hamburg, Standort Altona, Kieler Straße 39, 22769 Hamburg.

Arbeitssenator Detlef Scheele sagt anlässlich der Eröffnung: „Das Interesse anderer Bundesländer sowie auch von Ländern aus dem europäischen Ausland beweist, dass sich mit der Jugendberufsagentur ein Konzept etabliert, welches zukunftsweisend und wirtschaftlich zu-nehmend unabdingbar ist – für die erfolgreiche Integration junger Menschen in das Arbeitsleben und in eine gesicherte Zukunft. Dass wir nun in Altona, kurz nach Eimsbüttel, erneut einen weiteren Standort eröffnen können, freut mich sehr.“

„In Altona sind uns noch 650 freie Lehrstellen aus verschiedenen Branchen gemeldet“, berichtet **Sönke Fock, Chef der Arbeitsagentur**, „die wir heute Nachmittag Ausbildungsplatzsuchenden anbieten werden. Ich appelliere an die heranwachsenden jungen Menschen, sich diese Chance auf eine gute berufliche Zukunft nicht entgehen zu lassen! Denn eine abgeschlossene Ausbildung ist mehr denn je ein solides Fundament, das vor Arbeitslosigkeit schützt.“

„Auch im Bezirk Hamburg-Altona wollen wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass keiner der jungen Menschen beim Einstieg ins Arbeitsleben verloren geht“, betont **Friedhelm Siepe**, Geschäftsführer Jobcenter team.arbeit.hamburg. „Hierbei liegen mir besonders jene jungen Hamburgerinnen und Hamburger am Herzen, die noch keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Bei ihnen müssen wir ansetzen und den Übergang in die Arbeitswelt erleichtern, denn eine Berufsausbildung ist der beste Garant dafür, sein Leben selbstbestimmt gestalten zu können.“

Kersten Albers, stellvertretender Bezirksamtsleiter in Altona freut sich: „Im Bezirk Altona leben rund 24.500 junge Menschen zwischen 15 und 25. Es ist uns ein großes Anliegen, dass jeder Jugendliche seinen Platz in der Gesellschaft findet. Insofern stellt die Jugendberufsagentur mit ihrem Angebot eine entscheidende Schnittstelle dar zwischen Schule und Beruf. Ich hoffe, dass viele junge Menschen, die

dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot benötigen, den Weg in die Kieler Straße finden und dadurch auch neue Perspektiven erhalten.“

Thomas Schröder-Kamprad, Leiter des Amtes für Weiterbildung der Behörde für Schule und Berufsbildung, hebt hervor: „Die Jugendberufsagentur ist inzwischen an allen Stadtteilschulen vertreten. Eigenständige Berufsorientierungsteams mit Lehrkräften der Schulen, Beratern des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung und der Arbeitsagentur unterstützen die Schulabgängerinnen und –abgänger der 10. Klasse beim Übergang in Aus-bildung und Beruf. So werden sie zielgerichtet begleitet, damit sie nach der Schule den direkten Weg in eine geeignete Ausbildung oder in ein anderes für sie passendes Angebot finden.“

Für Rückfragen der Medien:

Agentur für Arbeit Hamburg, Pressestelle | Marina Marquardt
Tel.: 040 2485-2240 | hamburg.pressemarketing@arbeitsagentur.de

Jobcenter team.arbeit.hamburg, Pressestelle | Kirsten Maaß
Tel.: 040 60098-135 | kirsten.maass@jobcenter-ge.de

Bezirksamt Altona, Pressestelle | Kerstin Godenschwege
Tel.: 040 42811-1512 | pressestelle@altona.hamburg.de

Behörde für Schule und Berufsbildung, Pressestelle | Nicole Schuback
Tel.: 040 42863-2003 | nicole.schuback@bsb.hamburg.de

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Pressestelle | Nicole Serocka
Tel.: 040 42863-2889 | pressestelle@basfi.hamburg.de

24. Juli 2013/basfi24

Senator Scheele beruft Aufsichtskommission für Jugendheime mit geschlossener Unterbringung

Senator Detlef Scheele hat die Aufsichtskommission für die geschlossene Unterbringung wieder eingesetzt und neue Mitglieder berufen.

Berufen wurden:

Martin Apitzsch, Referent für Hilfen zur Erziehung des Diakonischen Werkes Hamburg **Ulrich Kruse**, Diplom-Psychologe, Flensburg **Monika Schorn**, Richterin am Amtsgericht Hamburg **Prof. Dr. jur. Bernhard Villmow**, Kriminologe, Hamburg **Dr. med. Frank Wistuba**, Jugendpsychiatrischer Dienst Bezirksamt Eimsbüttel

Mit beratender Stimme wird Christa Töwe der Kommission angehören. Sie ist die Leiterin des Referats Jugenddelinquenz in der Hamburger Sozial- und Familienbehörde.

Die Aufsichtskommission besucht jährlich mindestens einmal – in der Regel unangemeldet – Einrichtungen der Jugendhilfe mit freiheitsentziehenden Maßnahmen für Kinder und Jugendliche (Einrichtungen mit geschlossener Unterbringung). Sie überprüft, ob die mit der geschlossenen Unterbringung verbundenen besonderen Aufgaben erfüllt und die Rechte der Kinder und Jugendlichen gewahrt werden.

Die Leitungen der geschlossenen Einrichtungen sind verpflichtet, die Aufsichtskommission bei ihrer Arbeit zu unterstützen, sie auf Verlangen bei ihrer Besichtigung zu begleiten und die gewünschten Auskünfte zu erteilen. Außerdem müssen sie die Kinder und Jugendlichen sowie deren Sorgeberechtigten über deren Rechte und die Aufgaben der Kommission informieren.

Die Aufsichtskommission ist berechtigt, die im Zusammenhang mit der Hilfeplanung beim Träger und beim Jugendamt angefertigten Berichte und Dokumente einzusehen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist.

Das Ergebnis von Überprüfungen muss die Kommission der Einrichtung sowie dem Träger der Einrichtung mitteilen. Falls in dem Bericht Beanstandungen enthalten sind, muss sie zusätzlich die zuständige Sozial- und Familienbehörde informieren.

Die Aufsichtskommission entscheidet im Einzelfall, ob und wieweit auch Wünsche und Beschwerden mitgeteilt werden. Eine Zusammenfassung der Berichte, die keine Rückschlüsse auf bestimmte Personen zulässt, sendet der Senat alle zwei Jahre an die Hamburger Bürgerschaft.

Hintergrundinformationen

Nachdem in Hamburg im Jahr 2003 eine geschlossene Einrichtung geschaffen wurde, ist im Dezember 2004 die gesetzliche Grundlage für eine Aufsichtskommission geschaffen worden. (§ 27a des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – AG SGB VIII.) Diese hat den Auftrag, das Kindeswohl und insbesondere die Rechte der Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen, in denen diese geschlossen untergebracht werden, durch unabhängige Besuche zu überprüfen. Diese Befugnisse der Kommission gehen über die bestehenden Instrumente der jugendamtlichen Aufsicht hinaus.

Nachdem die geschlossene Unterbringung in der Feuerbergstraße Ende 2008 geschlossen wurde, hatte die Aufsichtskommission ihre Arbeit beendet. Im April dieses Jahres hatte Senator Scheele angekündigt, die Aufsichtskommission erneut zu berufen – insbesondere nachdem die Unterbringung hamburgischer Jugendlicher in den drei Heimen der Haasenburg GmbH kritisiert worden war.

Rückfragen der Medien

Nicole Serocka

Pressestelle Senatorenbüro

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Tel.: +49 42863 – 2889

pressestelle@basfi.hamburg.de

23. Juli 2013/bis/bwvi23

2 Jahre Sicherheitspartnerschaft: Weniger Gewaltdelikte bei Bus und Bahn in Hamburg

Zufriedenheit der Fahrgäste steigt / Alkoholverbot bewährt sich

Im Juli 2011 haben Hamburgs Innensenator Michael Neumann und Verkehrssenator Frank Horch gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der Hamburger Polizei, dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion Hannover, dem Vorstand der Hamburger Hochbahn AG, der Geschäftsführung der S-Bahn Hamburg GmbH und dem Hamburger Verkehrsverbund eine Vereinbarung über eine Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr unterzeichnet. Seither arbeiten die Verkehrsunternehmen, die Polizei Hamburg und die Bundespolizei enger zusammen, um Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen auf Bahnhöfen sowie in Zügen und Bussen noch besser zu begegnen.

Im Rahmen der Partnerschaft wurden zusätzlich 110 Sicherheitskräfte bei den Verkehrsunternehmen eingestellt und ausgebildet, für die der Hamburger Senat 4 Mio. Euro jährlich bereitstellt. Die neuen Sicherheitskräfte sind seit Anfang 2012 im Dienst.

Jeden Tag nutzen 2,3 Mio. Fahrgäste die Verkehrsmittel des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Hamburg. Deren Sicherheit und Zufriedenheit ist gemeinsames Ziel aller beteiligten Kooperationspartner. Neben einer umfassenden Überwachung durch Videoanlagen ist es vor allem gut ausgebildetes Personal, mit dem die objektive und gefühlte Sicherheit verbessert werden kann. Das Sicherheitspersonal der Verkehrsunternehmen wird nun auf der Grundlage gemeinsamer Lagebilder von Landespolizei und Bundespolizei zielgerichtet eingesetzt. Dadurch reduzierten sich Gewaltstraftaten und Raubdelikte an den Haltestellen sowie in Bussen und Bahnen. Eine Auswertung der Einsatzanlässe ergab für das 2. Halbjahr 2012 einen Rückgang der Gewaltdelikteinsätze um rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dieser positive Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort.

„Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagt **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**. „Die Kooperation zeigt Wirkung, das zusätzliche Sicherheitspersonal bietet den Fahrgästen ein Höchstmaß an Sicherheit. Dafür danke ich allen Partnern.“

Die Einführung des Alkoholkonsumverbots im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) im September 2011 ist auf breite Akzeptanz gestoßen. Die Anzahl der Verstöße hat sich von 4.806 Fällen im 1. Halbjahr 2012 auf 2.558 Fälle im 1. Halbjahr 2013 nahezu halbiert.

Verkehrs-Staatsrat Andreas Rieckhof: „Das Sicherheitsempfinden von Fahrgästen ist mit entscheidend für die Attraktivität unseres ÖPNV. Der erfreuliche Rückgang von Übergriffen und Straftaten in Bussen und Bahnen zeigt, dass unsere zusätzlichen Anstrengungen sich lohnen.“

Parallel zur objektiven Sicherheitslage im ÖPNV ist auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste merklich gestiegen. Eine repräsentative Befragung der Fahrgäste im HVV-Gebiet verdeutlicht dies: Das Merkmal „Sicher vor Belästigung und Übergriffen“ erhielt 2012 die Note 2,85 und wurde damit bereits signifikant besser bewertet als noch 2011 (3,1) und 2010 (3,24). Das deutlich höhere Sicherheitsgefühl der Fahrgäste wird auch im HVV-Kundenbarometer 2012 belegt. Hier haben die Befragten vor allem die Merkmale „Sicherheit im Fahrzeug abends/nachts“ und „Sicherheit an Haltestellen abends/nachts“ signifikant besser bewertet als im Vorjahr.

Zitate der Partner:

Ulrich Sieg, Vorstand der Hamburger Hochbahn AG (HOCHBAHN): „Mit der Sicherheitspartnerschaft und der Unterstützung durch den Senat konnten wir unsere Sicherheitsdienste deutlich verstärken. Unsere positiven Kundenbefragungen belegen den Erfolg dieser Maßnahme.“

Kay Uwe Arnecke, Sprecher der Geschäftsführung der S-Bahn Hamburg GmbH: „Die Sicherheitspartnerschaft hat nachweislich zu einer verbesserten Sicherheitslage im ÖPNV geführt, die von unseren Fahrgästen auch positiv erlebt wird. Das ergeben auch die jüngsten Kundenbefragungen.“

Lutz Aigner, Geschäftsführer des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV): „Die Sicherheitspartnerschaft hat – neben dem Alkoholkonsumverbot - wesentlich dazu beigetragen, dass sich unsere Fahrgäste sicher und wohl fühlen, wenn sie Bus und Bahn nutzen.“

Reinhard Fallak, Vizepräsident der Polizei Hamburg: „Die enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitspartnern und das damit verbundene aktuelle Lagebild ermöglicht uns auf Besonderheiten sofort zu reagieren. Unsere gemeinsamen Anstrengungen haben sich gelohnt, die Fahrgäste in Hamburg fühlen sich sicherer!“

Thomas Osterroth, Präsident der Bundespolizeidirektion Hannover: „Durch die gemeinsam erstellten Lagebilder im Bereich ÖPNV konnten Einsatz- und Sicherheitskräfte zielgerichtet agieren. Ein merklicher Rückgang der Gewaltdelikte ist ein Erfolg dieser Einsatzstrategie.“

Rückfragen der Medien:

 <p>Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673 E-Mail: Pressestelle@bis.hamburg.de</p>	 <p>Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Pressestelle</p> <p>Helma Krstanoski Tel. 040 - 42841-1326 E- Mail:helma.krstanoski@bwvi.hamburg .de</p>
 <p>Polizei Hamburg</p> <p>Ulrike Sweden, Pressesprecherin Tel. 040 - 428 65 8888 E-Mail: polizeipressestelle@polizei.hamburg. de</p>	 <p>Bundespolizei Bundespolizeidirektion Hannover</p> <p>Thorsten Völlmecke Tel.: 0511 67675 4101 E-Mail: presse.hannover@polizei.bund.de</p>
 <p>HOCHBAHN</p> <p>Hamburger Hochbahn AG</p> <p>Maja Weihgold Stv. Pressesprecherin Telefon: +49 40 32 88 - 25 56 E-Mail: Maja.Weihgold@hochbahn.de</p>	 <p>DB Mobility Networks Logistics</p> <p>DB Mobility Logistics AG</p> <p>Egbert Meyer-Lovis Sprecher Hamburg/Schleswig- Holstein/Niedersachsen/Bremen Tel. 040 3918-4498 E-Mail: presse.h@deutschebahn.com</p>
 <p>HVV</p> <p>Hamburger Verkehrsverbund GmbH</p> <p>Silke Seibel Stv. Pressesprecherin Telefon: 040 325775-124 E-Mail: presse@hvv.de</p>	

26. Juli 2013/bis26

Bundestagswahl 2013 in Hamburg

13 Landeslisten kommen auf den Stimmzettel

Der Landeswahlausschuss hat heute die Landeslisten von dreizehn Parteien zur Bundestagswahl am 22. September 2013 zugelassen. Dies gab der Vorsitzende des Landeswahlausschusses, Landeswahlleiter Willi Beiß, nach der Sitzung bekannt.

Diese sind (in der Reihenfolge auf den Hamburger Stimmzetteln):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Hamburg (GRÜNE)
4. Freie Demokratische Partei (FDP)
5. DIE LINKE (DIE LINKE)
6. Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)
7. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
8. RENTNER Partei Deutschland (RENTNER)
9. Ökologisch-Demokratische Partei – Die grüne Alternative (ÖDP)
10. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
11. Alternative für Deutschland (AfD)
12. FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)
13. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)

Insgesamt bewerben sind damit 107 Frauen und Männer um ein Hamburger Landeslistenmandat; **siehe Anlage** (Bundestagswahl 2009: 76 Personen auf 11 Listen).

Nicht zugelassen wurden die Landeslisten von: Partei der Vernunft (PARTEI DER VERNUNFT), Bürgerbewegung pro Deutschland (pro Deutschland) und DIE REPUBLIKANER (REP).

Die Entscheidungen der sechs Hamburger Kreiswahlausschüsse, die heute über die Zulassung der Direktkandidaten oder der Direktkandidatinnen zu befinden hatten, werden noch bekanntgegeben.

Gegen die Beschlüsse des Landeswahlausschusses und der Kreiswahlausschüsse besteht noch eine kurze Beschwerdefrist bis zum kommenden Montag; über die Beschwerde entscheidet dann die „nächsthöhere“ Instanz, also der Bundeswahlausschuss bzw. der Landeswahlausschuss, voraussichtlich am 1. August 2013.

Zur Reihenfolge auf den Hamburger Stimmzetteln (§ 30 Abs. 3 Bundeswahlgesetz):

1. Bei Landeslisten von Parteien, die bereits zur Bundestagswahl 2009 angetreten waren, richtet sich die Reihenfolge nach den damals errungenen Zweitstimmen in Hamburg. Dies sind die Nummern 1 bis 10. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an (Nummern 11 bis 13).
2. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge richtet sich nach derjenigen der Landeslisten. Sonstige Kreiswahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Sortierung der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Landeswahlamt, Oliver Rudolf, Tel. 040 – 42839-1732

23. Juli 2013/bsb23

Hamburgs Lehrkräfte bilden sich fort für den inklusiven Unterricht

Mit den Themen „Kompetenzstufenorientierte Diagnose und Förderung als Grundlage eines inklusiven Unterrichts“, „Mathematische Frühförderung“ oder „Philosophische Gesprächsanlässe für den Erstunterricht“ beginnt am 23. Juli 2013 die traditionelle „Schulanfangstagung“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Über 1500 Lehrerinnen und Lehrer werden die kommenden zehn Tage nutzen, sich in mehr als 150 Veranstaltungen intensiv auf das neue Schuljahr vorzubereiten. Ihr Ziel: das Schülerhandeln besser zu verstehen und das Lehrerhandeln noch gezielter daran auszurichten – um einen erfolgreichen Unterricht für alle zu verwirklichen.

Eines der zentralen Tagungsthemen – und zugleich eine der großen bildungs- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen – ist die Inklusion: Wie können die Lehrerinnen und Lehrer mit der größer gewordenen Heterogenität in den Klassen konstruktiv umgehen? Was braucht jede Schülerin, jeder Schüler, um erfolgreich lernen zu können? Wie lässt sich der Lernprozess jedes Einzelnen fördern? Und wie kann in der Grundschule das Lernen unabhängig von Begabungen und Beeinträchtigungen gelingen?

Antworten auf diese komplexen Fragen bieten Spezialisten, erfahrene Pädagogen und Wissenschaftler aus ganz Deutschland in Seminaren, Workshops, Vorträgen und Präsentationen. In „Tandem-Veranstaltungen“ verbinden multiprofessionell zusammengesetzte Seminarleitungen fachliche mit überfachlichen Inhalten u.a. aus den Bereichen Sonderpädagogik, Allgemeindidaktik und „Lebenskompetenzen“.

Die besondere Bedeutung der Schulanfangstagung auf dem Weg zur inklusiven Schule unterstreicht der Direktor des Landesinstituts, Prof. Dr. Josef Keuffer: „Mit dieser Tagung gehen wir einen weiteren großen Schritt nach vorn, Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer bei der erfolgreichen Gestaltung einer inklusiven Schule zu unterstützen.“

Weitere Informationen: <http://li.hamburg.de>

Für Rückfragen der Medien:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	Behörde für Schule und Berufsbildung
Jörg Gensel, Kundenkommunikation	Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 42 88 42 - 310	Tel: (040) 4 28 63 - 2003
E-Mail: joerg.gensel@li-hamburg.de	E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de ,
	Internet: www.hamburg.de/bsb

23. Juli 2013/bsb23a

Claussen-Simon-Stiftung fördert drei Hamburger Schulen mit insgesamt 100.000 Euro

Im August können sich alle weiterführenden Hamburger Schulen wieder um eine Projektförderung bei der Claussen-Simon-Stiftung bewerben. Mit ihrem Förderprogramm 'Unseren Schulen' unterstützt die Claussen-Simon-Stiftung seit 2012 Kooperationen von Schülern und Lehrern in Projekten, die das Lernen und Lehren in Hamburger Oberstufen weiter verbessern. Gefördert werden auch in diesem Jahr drei Schulen mit insgesamt 100.000 Euro.

Das Programm startet im August mit der Phase 1. Oberstufenschüler empfehlen auf der Website www.unserenschulen.de Lehrerinnen und Lehrer, die sie besonders gefördert, motiviert und unterstützt haben. Aus der Vielzahl dieser Empfehlungen erstellt die Claussen-Simon-Stiftung eine „Shortlist“ mit zehn Lehrern und ihren Schulen, die dazu eingeladen werden, in Phase 2 ihre Projektvorschläge einzureichen.

In Phase 3 sind die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulen dazu aufgerufen, die Projektvorschläge ihrer Lehrer mit weiteren Ideen und Kommentaren zu verbessern. Schließlich wählt ein Programmbeirat die drei überzeugendsten Projektvorschläge aus und ordnet ihnen die Fördermittel von 100.000 Euro zu. Dann beginnt die Umsetzung der Projekte in den Gewinnerschulen.

„Das Programm belebt in hervorragender Weise die Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern und trägt dazu bei, das Lernumfeld in den Hamburger Oberstufen noch besser zu machen.“, so würdigt Schulsenator Ties Rabe das Förderprogramm.

In 2012 rief die Claussen-Simon-Stiftung erstmals alle Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien dazu auf, ihre Projektvorschläge einzureichen. Auf der Veranstaltung 'Ausgezeichnet!' im November 2012 wurden drei Projekte vom Schulsenator gewürdigt und prämiert, die im Rahmen des Programms 'Unseren Schulen' von Lehrern und Schülern gemeinsam entwickelt wurden.

Neues Online-Projektstagebuch

Um die bemerkenswerten Effekte der Projektarbeit auch für die interessierte Öffentlichkeit noch sichtbarer zu machen, verfügt nun jede der Gewinnerschulen aus 2012 über ein eigenes Online-Projektstagebuch auf www.unserenschulen.de. Mit Filmen, Fotos und Texten können die verantwortlichen Lehrer von den Erfahrungen berichten, die sie mit den Gewinnerprojekten in den Schulen machen. „In unserem Projektstagebuch gibt es nun einen Film. Dort kommen auch die beteiligten Schüler zu Wort. Das zeigt wie motiviert sie sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen.“, so Susanna Stelljes, verantwortliche Lehrerin der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule für das Gewinnerprojekt 'Schüler als Mentoren und Mentees'.

Zum Projektfilm: www.unserenschulen.de/projektfilm.html

Für Rückfragen der Medien:

Claussen-Simon-Stiftung Prof. Dr. Christoph Niehus, Geschäftsführer Tel. (040) 38037150 E-Mail: presse@claussen-simon-stiftung.de Internet: www.unserenschulen.de , www.claussen-simon-stiftung.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 - 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

25. Juli 2013/bsb25

200 von 203 Hamburger Grundschulen sind jetzt Ganztagschulen

Betreuungsangebot vervierfacht – Rekordanmeldung: 36.677 Kinder

Im Schuljahr 2013/14 bieten erstmals 200 der 203 Hamburger Grundschulen nachmittags kostenlose Bildung und Betreuung an. Schulsenator Ties Rabe: „Damit ist es gelungen, die Zahl der Hamburger Grundschulen mit Ganztagsangeboten in nur zweieinhalb Jahren fast zu vervierfachen und an praktisch jeder Hamburger Grundschule Ganztagsangebote einzurichten. Eine derart stürmische Entwicklung war möglich, weil Schulen, Eltern und Schulbehörde diese große Aufgabe gemeinsam und engagiert angepackt haben. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Fast zwei Drittel aller Grundschul Kinder haben sich jetzt für die neuen kostenlosen Ganztagsangebote angemeldet. Rund 10.000 Kinder mehr als bisher haben damit die Chance auf einen Betreuungsplatz. Das zeigt: Hamburgs Schulen sind auf einem sehr guten Weg, die neuen Ganztagsangebote stoßen auf sehr große Akzeptanz.“

Noch nie wurden in Hamburg in so kurzer Zeit so viele neue Ganztagschulen eröffnet: Vor zweieinhalb Jahren im Schuljahr 2010/11 hatten nur 53 Grundschulen Ganztagsangebote. Danach wurde diese Zahl dramatisch gesteigert: 2011 wurden weitere 22 Ganztags-Grundschulen eingerichtet, 2012 kamen 48 hinzu und zum Schuljahr 2013 sind es weitere 77 Grundschulen. Zum nun beginnenden Schuljahr bieten damit fast alle – nämlich 200 der 203 Grundschulen und Grundschul-Abteilungen an Stadtteilschulen – eine ganztägige Betreuung an. Die Schulen können dabei entweder in eigener Verantwortung den Ganztag gestalten (reine Ganztagschule GTS) oder zusammen mit einem Kooperationsträger (Modell ganztägige Betreuung an Schulen GBS). 75 Grundschulen organisieren ihre Ganztagsangebote nach dem GTS-Modell, 125 nach dem GBS-Modell.

Doch nicht nur die Zahl der Angebote ist groß, auch die Nachfrage. Dabei können Hamburgs Eltern frei entscheiden, ob sie das neue Ganztagsangebot für ihr Kind in Anspruch nehmen. Viele entschieden sich bereits in den vergangenen Jahren dafür. Und so fallen die Anmeldezahlen für das neue Schuljahr 2013/14 erwartungsgemäß hoch aus: Im kommenden Schuljahr 2013/14 werden 36.677 Kinder der Klassenstufen 0 bis 4 ihre Schule bis 16 Uhr besuchen, rund 65 Prozent aller rund 56.400 Grundschul Kinder. Das Angebot der gegen geringe Gebühren hinzu buchbaren Randzeiten vor 8 und nach 16 Uhr nehmen 633 (6-7 Uhr), 2.621 (7-8 Uhr), 4.673 (16-17 Uhr) bzw. 2.031 Kinder (17-18 Uhr) wahr.

Und so verteilen sich die Teilnehmezahlen über den Tag (Schulzeit):

Zeitraum	Teilnehmezahlen	Teilnahmequote
6.00-7.00 Uhr (kostenpflichtig)	633	rund 1 %
7.00-8.00 Uhr (kostenpflichtig)	2.621	rund 4,5 %
13.00-16.00 Uhr (kostenfrei)	36.677	rund 65 %
16.00-17.00 Uhr (kostenpflichtig)	4.673	rund 8,5 %
17.00-18.00 Uhr (kostenpflichtig)	2.031	rund 3,5 %

Ferienbetreuung

Auch in den Ferien bieten Hamburgs Grundschulen eine ganztägige Betreuung an. Die Teilnahme in der Kernzeit von 8 bis 16 Uhr nehmen 15.892 Kinder in Anspruch. Darüber hinaus werden 3.158 Kinder zusätzlich in den Zeiten von 6 bis 8 und 16 bis 18 Uhr betreut. Durchschnittlich wird das Ferienbetreuungsangebot in 7,5 Ferienwochen des Jahres genutzt.

Zeitraum	Teilnehmezahlen	Teilnahmequote
8.00-16.00 Uhr	15.942	rund 28,0 %
6.00-7.00 / 16.00-18.00 Uhr	3.158	rund 5,5 %

Senator Rabe: „Mit diesem neuen Angebot ist es gelungen, über 10.000 Kindern mehr als bisher Ganztagsangebote zu eröffnen. Die hohen Anmeldequoten zeigen den großen Bedarf und die hohe Akzeptanz der neuen Angebote. Sie bestätigen zugleich, dass die dramatischen Anstrengungen des Senats für mehr Ganztagsangebote an den Schulen ein richtiger und wichtiger Schritt sind. Ich freue mich sehr, dass die gemeinsamen Anstrengungen von Schulleitungen, Lehrkräften, Trägern, Eltern und Behörde in den letzten Jahren auf so fruchtbaren Boden gefallen sind. Aber wir werden uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen, sondern nach der großen Aufbauarbeit jetzt Schritt für Schritt die Ganztagsangebote wie auch das Schulangebot insgesamt qualitativ weiterentwickeln.“

Kostenlose Betreuung bis 16 Uhr

Das Ganztagsangebot an den Grundschulen ist von 13 bis 16 Uhr für alle Kinder kostenlos. Lediglich das Mittagessen ist kostenpflichtig. Und um auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien den Weg in den Ganztags zu ebnet, orientiert sich die Gebühr für das Mittagessen erstmals sozial gestaffelt am Einkommen der Eltern. Auch die Gebühren für eventuell hinzu gebuchte Rand- und Ferienzeiten sind je nach Einkommen der Eltern sozial gestaffelt. Sie orientieren sich an den Gebühren der bisherigen Hortbetreuung. Die Behörde für Schule und Berufsbildung geht davon aus, dass rund die Hälfte der Eltern lediglich ermäßigte Gebühren für das Essen und die zusätzlichen Betreuungszeiten zahlen müssen.

109 Millionen Euro für den Ganztagsausbau

Im Rahmen seines Ausbauprogramms hat der Hamburger Senat die Mittel für die Ganztagschulen um zusätzlich 109 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt. Im Gegenzug laufen die bislang parallel arbeitenden

Angebote der Horte aus. Die Träger wechseln entweder als Kooperationspartner an eine GBS-Schule oder sie beteiligen sich an dem Ausbauprogramm des Senats für mehr Betreuungsplätze für Krippenkinder unter drei Jahren. Teilnehmende Kinder können sich an den meisten Ganztagschulen aussuchen, in welchem Umfang und wann sie die Betreuung in Anspruch nehmen wollen. Die Mindestteilnahmezeit umfasst drei Tage nach Wahl von 13 bis 15 Uhr.

Neue Ganztagschulen – neue Kantinen

In diesem Zusammenhang hat der Senat auch den Bau von Schulkantinen erheblich gesteigert: Im Jahr 2010 wurden an drei Grundschulen Kantinen fertiggestellt, im Jahr 2011 waren es bereits zehn (sechs an Grundschulen, drei an Stadtteilschulen und eine an einer berufsbildenden Schule). Im vergangenen Jahr wurden 26 Kantinen eröffnet (24 an Grundschulen und je eine an einer Stadtteilschule und einem Gymnasium). Und in diesem Jahr sollen schließlich 70 weitere Kantinen fertiggestellt werden. Wo die Kantinen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten, wurden Ersatzspeiseräume eingerichtet. Damit ist in allen Grundschulen die Versorgung der Kinder mit schmackhaftem Mittagessen sichergestellt.

Ganztagskonzepte

Alle Schulen haben zusammen mit ihren Kooperationspartnern (Trägern) Konzepte erarbeitet, wie der Ganztag gestaltet werden soll. Zusätzlich zum obligatorischen Mittagessen an jeder Schule werden in der Regel Hausaufgabenhilfe, Lernförderung sowie Freizeitaktivitäten mit Schwerpunkten in den Bereichen Sport und Kultur angeboten. Die Schulen und die Kooperationsträger nutzen dazu die weitläufigen und nachmittags bislang wenig genutzten Schulgebäude, Turnhallen und Schulgrundstücke.

Mehr Erzieherinnen und Erzieher

Nach den jetzt vorliegenden Zahlen wird es allen Schulen und Trägern gelingen, trotz der momentan in ganz Deutschland bestehenden Engpässe genügend Erzieherinnen und Erzieher für die neuen Angebote zu finden. Der Hamburger Senat hat darüber hinaus durch eine Reform der Erzieherausbildung dafür gesorgt, dass die Engpässe im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher spätestens ab Sommer 2015 in Hamburg überwunden werden können. Bereits vor zwei Jahren wurden die Ausbildungsplatzzahlen für die Erzieherausbildung erhöht, so dass in Kürze erheblich mehr Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stehen. Waren es 2009 noch 461, so rechnet man in diesem Jahr mit 621, 2014 mit 707 und 2015 mit 1.073 Erzieherinnen und Erziehern. Im langfristigen Mittel soll die Zahl der jährlich ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher von 550 auf durchschnittlich 850 gesteigert werden.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Pressestelle

Tel: (040) 428 63 – 2005

E-Mail: pressestelle@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

26. Juli 2013/bwf26

Staatliche Hamburger Hochschulen nehmen über 1.400 zusätzliche Studienanfänger pro Jahr auf

Wissenschaftsbehörde und Hochschulen setzen aufgestockten Hochschulpakt II für Hamburg um

Mit dem Hochschulpakt investieren Bund und Länder in zusätzliche Studienanfänger, um der bundesweit steigenden Studiennachfrage angemessen Rechnung zu tragen. Im Juni dieses Jahres haben sie gemeinsam beschlossen, den bis zum Jahr 2015 laufenden Hochschulpakt II aufzustocken. Damit können an den staatlichen Hamburger Hochschulen künftig jährlich mehr als 1.400 zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger ein Studium aufnehmen. Hiervon profitieren besonders die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (sog. MINT-Fächer).

Die Wissenschaftsbehörde hat mit den staatlichen Hamburger Hochschulen im Zuge der Umsetzung des aufgestockten Hochschulpakts II folgende zusätzliche Studienanfängerzahlen vereinbart:

Hochschule	2013	2014	2015
Universität Hamburg	810	821	852
HAW Hamburg	363	368	381
TU Hamburg-Harburg	177	180	187
HafenCity Universität	44	44	47
HFBK Hamburg	8	8	9
HfMT Hamburg	8	8	9
Insgesamt	1.410	1.429	1.485

Zusammen mit schon früher getroffenen Vereinbarungen zum Hochschulpakt II ermöglicht das Programm für die Jahre 2013 bis 2015 jährlich 2.070 zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfängern ein Studium.

Insgesamt ergibt sich mit den rund 9.500 staatlich grundfinanzierten Studienanfängerinnen und Studienanfängern damit eine Gesamtzahl von jährlich gut 11.500 an den genannten Hochschulen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt:** „Hamburg hat die mit dem Hochschulpakt angestrebten Mindestzielzahlen bereits in der Vergangenheit deutlich übertroffen. Im Rahmen des aufgestockten Hochschulpaktes schaffen die staatlichen Hamburger Hochschulen nun die Voraussetzungen, damit erneut eine große Zahl an zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern ein Studium in Hamburg aufnehmen kann. Mit dieser erheblichen Kraftanstrengung übernehmen sie Verantwortung für den Hochschulstandort Deutschland insgesamt. Dafür gilt ihnen mein ausdrücklicher Dank.“

Die Aufstockung kommt dabei insbesondere den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (sog. MINT-Fächer) zugute. So wird der Anteil der MINT-Fächer an den gesamten Leistungen im Hochschulpakt II an der Universität Hamburg 33 % betragen.

Im Durchschnitt fließen den Hamburger Hochschulen in den Jahren der Neuaufnahme von Studierenden zwischen 2013 und 2015 insgesamt über 60 Mio. EUR an Hochschulpaktmitteln zu. Diese entfallen zu jeweils rund 25 Mio. EUR auf die Universität Hamburg und die HAW Hamburg, rund 7 Mio. auf die Technische Universität Hamburg Harburg, rund 2 Mio. EUR auf die HafenCity Universität, etwa 0,6 Mio. EUR auf die Hochschule für bildende Künste (HFBK) und gut 0,4 Mio. EUR auf die Hochschule für Musik und Theater (HfMT). Rund 1 Mio. EUR werden zudem hochschulübergreifend zur Lernförderung im MINT-Bereich eingesetzt. In den Jahren 2016 bis 2018 fließen weitere rund 35 Mio. EUR jahresdurchschnittlich, um die bis 2015 zusätzlich aufgenommenen Studienanfänger für bis zu weitere drei Jahre auszufinanzieren. Alle Beträge stehen unter dem Vorbehalt, dass der Bund die entsprechenden Mittel bereitstellt und Hamburg seine Gesamtleistung im Hochschulpakt erbringt.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Julia Rauner

Tel: 040/42863-2339

E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

22.Juli 2013/jb22

Pressemitteilung

Ausstellung zur strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen eröffnet

Gemeinschaftsinitiative von Behörde für Justiz und Gleichstellung, LSVD Hamburg, Initiative Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer und Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

In der heute eröffneten Ausstellung „Liberales Hamburg? Homosexuellenverfolgung durch Polizei und Justiz nach 1945“ wird die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von Homosexuellen auf der Grundlage des § 175 StGB durch Polizei und Justiz nach 1945 sowie die gesellschaftliche Stigmatisierung in dieser Zeit in den Blick genommen. Die Ausstellung wurde von den Historikern Dr. Gottfried Lorenz und Ulf Bollmann erarbeitet. Die Festrede hielt der Hamburgische Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch.

Justiz- und Gleichstellungssenatorin **Jana Schiedek**: „Die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen ist ein dunkles Kapitel deutscher und Hamburger Geschichte. Das Fortgelten des unter dem Nazi-Regime verschärften § 175 StGB in unveränderter inhaltlicher Form bis in das Jahr 1969 ist traurig und beschämend zugleich. Die Rehabilitierung und Entschädigung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen in den Jahren 1945 bis 1969 verurteilten Männer ist dringend geboten. Genau dazu hat der Bundesrat die Bundesregierung **auf Antrag Berlins und Hamburgs** im Oktober 2012 aufgefordert. Die Bundesregierung muss jetzt endlich handeln.“

Ulf Bollmann und Dr. Gottfried Lorenz: „Die Ausstellung „Liberales Hamburg? Homosexuellenverfolgung durch Polizei und Justiz nach 1945“ ist Teil der Aufarbeitung der Geschichte gleichgeschlechtlich begehrender Menschen in Hamburg und damit eines nicht unerheblichen Bestandteils der Gesamtgeschichte der Freien und Hansestadt Hamburg. Wir freuen uns, dass wir von der Hamburger Justizbehörde die Möglichkeit erhalten haben, diese Ausstellung zeigen zu können.“

Die Ausstellung kann bis zum 1. September 2013, jeweils montags bis freitags von 7.30 Uhr bis 19.00 Uhr sowie samstags von 8.30 Uhr bis 14 Uhr in der Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes, Sievekingplatz 1, besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.

Hintergrund:

Die von den Nationalsozialisten 1935 verschärfte Gesetzgebung zur strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Handlungen galt in Form des § 175 StGB in der Bundesrepublik Deutschland fort. Bis zur Strafrechtsreform im Jahr 1969 wurden circa 50.000 Männer in der BRD allein aufgrund der Ausübung ihrer Homosexualität von den Gerichten verurteilt, insgesamt wurden sogar gegen etwa 100.000 Menschen polizeilich ermittelt. Endgültig abgeschafft wurde § 175 StGB erst mit Wirkung zum 31. Mai 1994. Auch in der DDR stand Homosexualität bis 1968 unter Strafe.

Die strafrechtliche Verurteilung bedeutete oftmals auch eine gesellschaftliche Stigmatisierung Homosexueller. Auch wenn sich die strafrechtliche Ahndung auf gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen unter Männern beschränkte, waren von der gesellschaftlichen Ausgrenzung homosexuelle Männer und Frauen gleichermaßen betroffen.

Im Jahr 2002 wurden per Gesetz allein die in der NS-Zeit aufgrund der § 175 und § 175a Nr. 4 RStGB ergangenen Urteile aufgehoben. Nicht entschieden wurde dabei über die nach 1945 auf der Grundlage der inhaltlich fortgeltenden Normen ergangenen Urteile. **Auf Antrag der Landesregierungen von Berlin und Hamburg** forderte der Bundesrat in einer Entschließung im vergangenen Jahr die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung für die nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten vorzuschlagen. Der Ball liegt nun bei der Bundesregierung.

Rückfragen der Medien:

Tim Angerer

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

25.Juli 2013/jb25

Feierlicher Senatsempfang zum diesjährigen CSD

Zahlreiche Gäste folgen der Einladung ins Rathaus / Carolin Emcke hält Festrede

Aus Anlass des Christopher Street Days hatte der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg heute Abend zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft sowie Menschen, die sich für die Belange von Schwulen, Lesben und Transgender engagieren, zu einem Empfang ins Hamburger Rathaus geladen. Die Festrede hielt die Zeitungsjournalistin und Autorin Dr. Carolin Emcke. Der Empfang wurde durch den Schwulen Hamburger Männerchor „Schola Cantorosa“ musikalisch begleitet.

Justiz- und Gleichstellungssenatorin **Jana Schiedek**: „Noch immer sind Schwule, Lesben und Transgender Diskriminierungen ausgesetzt. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war ein wichtiger Schritt, es konnte die rechtliche Ungleichbehandlung im Vergleich zu der heterosexuellen Ehe aber nicht vollständig aufheben. Das hat die Serie von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gerade auch in der jüngsten Vergangenheit eindrucksvoll gezeigt. Es kommt weiterhin zu unbegründeten Ungleichbehandlungen. Und genau deshalb fordern wir die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Nur so erreichen wir die gebotene Gleichstellung. Die Bundesregierung fordere ich auf, bei der Gestaltung dieses Vorhabens aktiv tätig zu werden anstatt immer nur die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Eins zu Eins umzusetzen.“

Hintergrund: Zum 33. Mal findet in Hamburg vom 27. Juli bis zum 4. August 2013 der Christopher Street Day mit der Pride Week statt. Der CSD ist ein fester Programmpunkt und bereichert den Veranstaltungskalender der Stadt in ganz besonderer Weise. Das Motto lautet in diesem Jahr: „Mehrheit für Vielfalt: Du hast die Wahl!“. Als Schirmherrin fungiert in diesem Jahr die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Veit.

Rückfragen der Medien:

Tim Angerer
Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

18.07.2013/kb18



Kulturbehörde und Produzentenallianz beabsichtigen neuen Produzentenpreis

Genreübergreifender Preis soll im Rahmen des Filmfestes Hamburg besondere Produzentenleistungen auszeichnen

Die Kulturbehörde Hamburg und die Produzentenallianz, die maßgebliche Interessenvertretung der deutschen Film- und Fernsehproduzenten, wollen gemeinsam einen neuen genreübergreifenden Produzentenpreis für Fernseh- und Kinoproduktionen auflegen. Der gemeinsam getragene Preis soll künftig im Rahmen des Hamburger Filmfestes vergeben werden.

Dr. Nikolas Hill, Staatsrat der Kulturbehörde: „Gemeinsam mit der Produzentenallianz wollen wir einen Produzenten-Oscar für herausragende Leistungen in Deutschland schaffen. In den nächsten Wochen werden wir den Preis gemeinsam inhaltlich neu konzeptionieren.“

Alexander Thies, Vorsitzender des Gesamtvorstands der Produzentenallianz und **Uli Aselmann**, Vorsitzender des Sektionsvorstands Kino der Produzentenallianz: „Das Filmfest Hamburg ist ein hervorragender Rahmen, um die kreative Leistung von Produzenten angemessen zu würdigen.“

Mit dem Preis soll der deutschen Film- und Fernsehwirtschaft ein neues Forum geboten und der wichtige und zentrale deutsche Medienstandort Hamburg gestärkt werden. Die Details hierzu werden in den nächsten Wochen konkretisiert.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

Jens Steinbrenner
Pressesprecher Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen e.V.
Tel.: 030 206 70 88 – 22
E-Mail: jens.steinbrenner@produzentenallianz.de

23.07.2013/kb23

Andreas Kellner wird Leiter des Denkmalschutzamtes

Am 1. August 2013 beginnt die neue Amtszeit

Neuer Leiter des Denkmalschutzamtes wird Andreas Kellner (Jahrgang 1954). Er wird Nachfolger von Frank Pieter Hesse, der Ende Juli in den Ruhestand eintritt. Andreas Kellner ist Architekt und Stadtplaner und war bei dem Regierungspräsidenten in Lüneburg als Dezernent für städtebauliche Denkmalpflege tätig, ehe er nach Hamburg in die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wechselte. Dort war er zuletzt stellvertretender Leiter des Amtes für Landes- und Landschaftsplanung sowie Abteilungsleiter Bauleitplanung und Leiter der Stabsstelle „Sprung über die Elbe“.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Andreas Kellner hat in den vergangenen Jahren von der Entwicklung der HafenCity bis zur Internationalen Bauausstellung alle großen städtebaulichen Projekte in Hamburg maßgeblich mit begleitet und hat als Architekt und Stadtplaner viel Erfahrung auch im Denkmalschutz gesammelt. Er bringt die besten Voraussetzungen mit, um als Leiter des Denkmalschutzamtes das Gesicht einer Stadt zu bewahren und mit der städtebaulichen Entwicklung in Einklang zu bringen.“

Andreas Kellner: „Verändern und Bewahren stehen bei der Entwicklung der Städte in einer dynamischen Wechselbeziehung. Eine lebendige Stadt baut immer auch auf einem behutsamen Umgang mit ihrer Vergangenheit auf. Denkmalschutz und Denkmalpflege besitzen dabei eine Schlüsselfunktion. Ich übernehme meine neue Aufgabe mit großem Respekt, aber auch viel Vorfreude darauf, gemeinsam mit einem engagierten und kompetenten Denkmalschutzamt künftig wieder Verantwortung für das ‚Bewahren‘ zu übernehmen.“

Rückfragen der Medien:

Laura-Helen Rüge

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 293

E-Mail: laura-helen.ruege@kb.hamburg.de

25.07.2013/kb25

Hamburger Kreativwirtschaft erneut ausgezeichnet

Vier Hamburger Kreativ-Unternehmen erhalten Preis der „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland 2013“

Bereits zum vierten Mal vergab die Bundesregierung einen Preis zur Förderung der Kreativwirtschaft. Insgesamt 32 Kreativ-Unternehmen aus ganz Deutschland, davon vier aus Hamburg, wurden am 24. Juli 2013 in Berlin ausgezeichnet. Bei dem Wettbewerb geht es um Jungunternehmer und Start-ups, die durch außergewöhnliche Geschäftsideen und besondere Innovation zur Förderung von Kultur auf sich aufmerksam machen. Die Kulturbehörde Hamburg ist selbst Förderin einer der Preisträger (Hanseatische Materialverwaltung).

Staatsrat Dr. Nikolas Hill: „Die vier Hamburger Preisträger des Kultur- und Kreativpiloten Deutschland 2013 unterstreichen einmal mehr die hohe Kreativität und Innovationsfreudigkeit der Hamburger Wirtschaft. Hamburg bringt überdurchschnittlich viele neue Talente der Kultur- und Kreativwirtschaft hervor. Mit einer Million Erwerbstätigen in Deutschland ist die Kultur- und Kreativwirtschaft einer der wichtigsten und dynamischsten Zukunftsmärkte. Deshalb ist es essentiell, dessen Akteure zu fördern.“

Hamburgs Titelträger des Kultur- und Kreativpiloten 2013 sind:

ADDACT

Hilko Aikens und **Dirk Veit** haben sich mit ihrem Projekt auf die Seite der Musikfans geschlagen. Die beiden Kreativen sind Gründer der Online-Plattform ADDACT, in der sich Fans für den Auftritt ihrer Lieblingsband in ihrer Stadt aussprechen können. Durch dieses System können Veranstalter, Konzertagenturen und Künstler ihr Angebot vollkommen nachfrageorientiert auf dem Markt platzieren. Ziel von ADDACT ist es, dadurch die erste Anlaufstelle zur Planung und Bekanntmachung von Konzerten und Tourneen zu werden.

Hanseatische Materialverwaltung

Die beiden Hamburger **Jens Gottschau** und **Petra Sommer** werden für ihre innovative Idee eines zentralen, gemeinnützigen Fundus ausgezeichnet. Sie sammeln alte Theaterrequisiten, Materialien aus Filmproduktionen und Messen, sowie Kulissenteile aus nicht mehr gebrauchten Beständen verschiedener Institutionen und stellen sie Schulen, Vereinen, Hamburger Kultureinrichtungen, Universitäten und Künstlern zur Verfügung. Es ist ein Projekt der direkten Förderung von Kultur-, Bildungs- und sozialen Einrichtungen, sowie freien Kreativschaffenden.

KonzertKultour

Michael Kellenbenz und **Helen Schepers** werden für ihr Engagement eines qualitativen, umweltfreundlichen Festivaltourismus ausgezeichnet. Sie haben ein Konzept der Fahrrad-Garderobe,

sowie einen mobilen Festival-Fahrrad-Verleih entwickelt. Die beiden Hamburger wollen dadurch die CO₂ Belastung auf Musikfestivals verringern und bieten auch Veranstaltungen zum Thema Fahrrad und Nachhaltigkeit an. Sie setzen sich für einen qualitätsbewussten, umweltverträglichen und sozialverantwortlichen Festivaltourismus ein.

Talented

Axel Dittmann, Malte Kosub und **Noah Magnussen** sind die Gründer von Talented, einem Organisationskomitee für Musikwettbewerbe an Schulen. Die Jungunternehmer konnten bereits 24 Wettbewerbe an Schulen in Schleswig-Holstein organisieren. Das Besondere an dem Projekt ist, dass die Schüler vor Ort bei allen Phasen des Wettbewerbs mit einbezogen werden. Das Talented Team unterstützt bei der Vermarktung, der Sponsorenakquise oder der Bühnentechnik der Konzerte.

Die Preisträger erhalten mit dem Titel „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland 2013“ ein Durchstarter-Programm und eine Experten-Begleitung durch das Bremer „u-institut“. Das Institut der Hochschule Bremen hat sich zur Aufgabe gemacht, unternehmerisches Denken und Handeln zu fördern. Sie gehört auch mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes zu den Organisatoren des Programms „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“. Fördergeberin ist die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung, ein Projekt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Bundeswirtschaftsminister **Philipp Rösler** begrüßte die Preisträger zu einem Werkstattgespräch. Die Preisverleihung fand anschließend im axica am Pariser Platz in Berlin statt. Die Verleihung nahm der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie **Hans-Joachim Otto** vor.

Weitere Informationen zur Auszeichnung erhalten Sie auch unter: www.kultur-kreativpiloten.de sowie www.kultur-kreativ-wirtschaft.de.

Rückfragen:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

Norman Schulz

Kompetenzzentrum Kultur- & Kreativwirtschaft des Bundes

Regionalbüro Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein

0151 26 46 72 83

schulz@rkw-kreativ.de

Terminkalender

Vom 29. Juli bis 4. August 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 29.07.2013

18:30 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatempfangs für die Helferinnen und Helfer zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe in Dresden** ein Grußwort.

Senator Michael Neumann nimmt teil.

Mittwoch, den 31.07.2013

10:45 Rathaus, Turmsaal
Senatorin Jana Schiedek hisst die Regenbogenflagge anlässlich des **Christopher Street Day**.

19:00 Dresden
Bürgermeister Olaf Scholz besucht das **Benefizspiel zur Unterstützung der Opfer der Hochwasserkatastrophe zwischen Dynamo Dresden und dem HSV**.

Donnerstag, den 01.08.2013

08:30 Landesinstitut, Felix-Dahn-Str. 3, Aula
Senator Ties Rabe begrüßt die neuen **Lehramt-Referendare und –Referendarinnen zum Schuljahresbeginn** und spricht ein Grußwort.

11:00 Holtenklinker Straße 9
Senator Ties Rabe übergibt den „**Deichmann-Förderpreis für Integration**“ und spricht ein Grußwort.

Samstag, den 03.08.2013

10:00 Handwerkskammer, Holstenglacis
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Auftaktveranstaltung der Berufseingangsphase für neue Lehrerinnen und Lehrer** ein Grußwort.

12:00 Lange Reihe, 20099 Hamburg
Senatorin Jana Schiedek nimmt an der **Pride Parade anlässlich des Christopher Street Day** teil.

Sonntag, den 04.08.2013

14:00 Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der „Operation Gomorrha“** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jutta Blankau und Senator Michael Neumann nehmen teil.